

Workshop „Wege zu wissenschaftlicher Exzellenz in Österreich“
der Österreichischen Forschungsgemeinschaft (3. – 4.12.2004)

**INTERNATIONALE GRADUIERTEN-ZENTREN (*INTERNATIONAL GRADUATE CENTERS*)
FÜR GEISTES- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN
Einige Gedanken zur institutionellen Verbesserung
der einschlägigen Forschung in Österreich**

Karl Acham

I. Zur Ausgangslage - II. "International Graduate Centers" - zu deren Struktur und Funktion - III. "International Graduate Centers" für Geistes- und Sozialwissenschaften - einige Vorschläge - IV. Zur Lage der Kulturwissenschaften angesichts der Forderungen nach Praxisrelevanz und Rentabilität

I. ZUR AUSGANGSLAGE

A. Allgemeines

Die im Jahr 2004 in Deutschland und Österreich modisch gewordene Rede von "Elite-Universitäten" oder "Universities of Excellence" ist einerseits ein Ausdruck des Bestrebens, mit der internationalen Spitzenforschung Schritt halten zu wollen, andererseits auch ein Hinweis auf die mißliche Lage gewisser institutioneller Gegebenheiten an den bestehenden Universitäten. So wird man beispielsweise kaum behaupten können, daß die Gewährung der Möglichkeit von insgesamt vier Wiederholungsprüfungen an österreichischen Universitäten so etwas wie einem "spirit of excellence" förderlich ist. Auch die derzeit an den Universitäten wirksame *top down*-Struktur scheint teilweise eher nach dem Prinzip des aufgeklärten Absolutismus oder aber dem einer Firma mit schon als exzellent ausgewiesener und bewährter Chefetage konzipiert zu sein. Diese rekrutiert sich aber an Universitäten anders als in Wirtschaftsunternehmen, und zudem sind die "Produkte" sowie die produktbezogenen Erfolgskontrollen in beiden Fällen sehr verschiedenartig - und gleichermaßen die Haftung für Mißerfolg. Nicht zufällig richten sich derzeit die Hoffnungen des an der Verbesserung unserer Universitäten interessierten Betrachters vorrangig auf die gewissermaßen im Probelauf befindlichen Wissenschaftsevaluationen.

Nun ist ja nicht das Bestreben zu übersehen, durch gewisse institutionelle Restrukturierungen eine Verbesserung der Lehr- und Forschungsbedingungen an den österreichischen Universitäten zu bewerkstelligen. Doch wie die Dinge bislang hier - wie auch in anderen Ländern - laufen, ist zu vermuten, daß sich im Gefolge dieses Reformprozesses antagonistische Entwicklungen einstellen, welche die erstrebenswerte Einheit von Lehre und Forschung gefährden könnten. Denn die auch jetzt noch nach dem Gesichtspunkt der Absolventenzahl erfolgende Mittelzuweisung an die Universitäten läuft gegenüber der auf Forschungsoptimierung abzielenden Tendenz in entgegengesetzte Richtung: Erstens führt eine Prämiiierung hoher Absolventenzahlen bei dem gleichzeitig bestehenden Entfall institutioneller Anreize zur intensiven Betreuung von Studierenden durch die Lehrenden nicht selten zu einem "Durchwinken" jener durch diese. Aus der Sicht bestimmter Bildungsstatistiker mag dabei eine hohe Absolventenquote als Erfolg der jeweiligen Ausbildungsstätte angesehen werden, in Wirklichkeit handelt es sich jedoch nicht selten um triste Effekte einer - was die Verhältniszahlen zwischen Lehrenden und Studierenden anlangt - schlechten Ausbildungssituation. Zweitens macht sich jetzt jedoch auch bereits eine Tendenz bemerkbar, die von der Ermittlung bloßer Absolventenquoten abrückt und die Aufmerksamkeit auf primär forschungsbezogene Evaluationen verlagert. Die erwartbaren Konsequenzen, welche damit verbunden sind, haben einen gegenüber der vorhin genannten Entwicklung inversen Charakter: Es kommt mittelfristig zu einer Umschichtung von Lehr- zu Forschungsmitteln bei gleichzeitiger Einschränkung oder gar

Liquidierung von Instituten, welche nicht hinreichend gut evaluiert wurden. Aktuelle britische Vorkommnisse, auf welche im folgenden noch hinzuweisen sein wird, verheißen in dieser Hinsicht nicht immer Gutes.

In Anbetracht von derartigen, einander widerstrebenden Entwicklungen an den Universitäten nimmt es nicht wunder, daß in verschiedenen europäischen Ländern die potenteste Forschung oftmals schon außerhalb der Universitäten stattfindet. Dies gilt in besonderem Maße für Deutschland, wo die renommiertesten Forscher bestimmter Wissenschaftsbereiche außerhalb der Universitäten und Hochschulen tätig sind. In Österreich zeichnet sich für die Naturwissenschaften eine ähnliche Entwicklung ab, und auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften ist nicht zu übersehen, daß die von Massenlehrveranstaltungen entlasteten Forscher an außeruniversitären Einrichtungen - der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Instituts für Höhere Studien, des Wirtschaftsforschungsinstituts usw. - in der Forschung oftmals mehr und Besseres zuwege bringen als ihre an den Universitäten tätigen Fachkollegen.

Man könnte nun aber angesichts der hier skizzierten Probleme dennoch zur allgemeinen Entdramatisierung aufrufen und aus einer gewissen Resignation heraus die Frage stellen, ob Österreich überhaupt Exzellenz auf den Gebieten der wissenschaftlichen Invention (Erfindung) und Innovation (Nutzung bereits vorliegender Erfindungen) braucht und ob es sich nicht besser auf das "Windschattenfahren" im Sinne der cleveren Imitation verlegen sollte. Wer so argumentiert, übersieht aber bezüglich der Naturwissenschaften und der Technik die fatalen Konsequenzen für eine durch neue Produktionsmittel und Produktionsweisen charakterisierte Wirtschaft. Ganz allgemein fördert er aber eine gewisse Variante der phäakischen Schlaumeierei. Um sie wenigstens in einem für die Sicherung des nationalen Wirtschaftsstandortes bedeutsamen Bereich nicht ungebrochen wirksam werden zu lassen, besinnt man sich offenbar auf die Gründung naturwissenschaftlicher und technischer Elite-Hochschulen.

Elite-Hochschulen will daher innerhalb der deutschen Koalitionsregierung die SPD, innerhalb der österreichischen die ÖVP verordnen, und prompt schwärmen alle von Harvard, Stanford und Berkeley, manche auch von Oxford und Cambridge, einige wenige auch - weil die Frankophonie eher ein Minderheitenprogramm ist - von den Grandes Ecoles. Es kommt jedoch - wie übrigens auch im Sport, wo in der Regel kein Spitzen- ohne Breitensport betrieben wird - nicht nur auf Eliteförderung allein an, sondern gerade auf die schwierige Balance zwischen Elite- und Breitenförderung. James B. Conant, der 23. Präsident der Harvard University und Vorsitzende des National Defense Research Committee während des Zweiten Weltkriegs, wußte, daß es nicht nur um die Elite und um Harvard geht, sondern darum, wie man gleichzeitig Exzellenz und Chancengleichheit in der wissenschaftlichen Ausbildung vereinen kann.¹ Während nun die amerikanischen Elite-Hochschulen ausgezeichnete Bedingungen für Studierende bieten, vor allem was deren allgegenwärtige Ermutigung zu hervorragenden Leistungen anlangt, sind die Europäer auf die Breitenausbildung an ihren Universitäten stolz, welche durch das System von Wissenschaft und Forschung in den USA zweifellos vernachlässigt wird. Das Bestreben, dem wiederum in Europa verschiedentlich bestehenden Defizit an exzellenten Ausbildungsstätten durch aus dem Kontext gerissene Vorbilder und deren Imitation beikommen zu wollen, verstellt nun aber nicht nur den Blick auf die eigenen Stärken, sondern insbesondere auf die real existierenden Disparitäten der institutionellen Grundstruktur der beiden Universitätssysteme. Es möge hier der exemplarische Hinweis darauf genügen, daß die Harvard University ein stattlicher Grundstückeigentümer ist, dem ganze Distrikte in Cambridge/Mass. gehören, und daß diese Universität, wie es heißt, über zwölf Milliarden US-\$ an Ersparnissen für allenfalls notwendige Investitionen zur Verfügung hat.

¹ Vgl. James B. CONANT: On understanding science, New York 1946.

Angesichts solcher Tatsachen hat die mitunter reichlich exaltiert erfolgende Übertragung von Modellen der US-amerikanischen Spitzenforschung auf ihnen nicht entsprechende europäische institutionelle Gegebenheiten oft sonderbare, über kurz oder lang wohl auch der Spitzenforschung abträgliche Folgen. So sind in den vergangenen sechs Jahren, wie vor kurzem der Presse zu entnehmen war,² nicht weniger als 79 Abteilungen für Naturwissenschaften und Ingenieurwesen an britischen Hochschulen geschlossen worden, und weitere Kürzungen in den Formal-, Natur- und Kulturwissenschaften stehen bevor. Beispielsweise wird Exeter auf Musik und Italienisch verzichten, Reading auf Musik, Swansea auf Chemie, Philosophie, Soziologie und Anthropologie, und Essex auf Mathematik. Der letztgenannten Universität hat soeben der Chemie-Nobelpreisträger Sir Harry Kroto seinen Ehrendoktor aus Protest darüber zurückgegeben, daß diese die Fakultät für Chemie schloß. Der Vizekanzler von Essex, einer der höchstbewerteten Universitäten Großbritanniens, rechtfertigt seine Entscheidung mit der finanziellen Notlage. Die Grenze der von der Regierung eingeführten Studiengebühren wurde auf 3000 Pfund festgesetzt, aber die Kosten der Ausbildung sind weitaus höher und werden nicht vom Staat gedeckt, so daß Mittel für die Lehrtätigkeit aus dem Etat für die Forschungsarbeit abzuzweigen sind. Daher herrscht auch hier Knappheit, der wiederum durch die alle fünf Jahre stattfindenden Evaluationen und die darauf erfolgenden Schließungen von Fachbereichen und Fakultäten abgeholfen werden soll. Die Chemie-Fakultät in Exeter hat bei der letzten Bewertung bloß vier Sterne statt der möglichen fünf erhalten. Insgesamt zwingt dieses System die Hochschulen, der Forschung Priorität vor der Lehre zu geben, wodurch die Hochschulen und Universitäten vom Staat entmutigt werden, das zu tun, wofür sie eigentlich da sind: zu lehren. Dem Effekt dieser Entwicklung in Großbritannien dürfte ein ähnlicher in verschiedenen Ländern des europäischen Kontinents folgen: Man wird wohl oder übel dazu übergehen, mehr und mehr eine Zweiteilung in Lehreinheiten mit etwas Forschung und Forschungseinheiten mit etwas Lehre in die Wege zu leiten und dann entsprechend zu institutionalisieren. In Großbritannien gab nun zwar Erziehungsminister Charles Clarke unter dem Eindruck zahlreicher aufgebrachter Vertreter des Hochschulwesens bekannt, daß er eine Liste mit Fächern von "nationaler strategischer Bedeutung" erstellt habe, die vor der Schließung bewahrt werden sollten. Sir Harry Kroto zog es dennoch vor, in die USA überzuwechseln.

"Excellence only" kann unter den geschilderten Rahmenbedingungen ein dysfunktionales Prinzip sein, da Wissenschaft und Forschung hier eher unter dem Gesichtspunkt der Statik als dem der Dynamik betrachtet werden. Die entsprechende Wissenschaftspolitik fördert demgemäß Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an Drei- und Vier-Sterne-Institutionen, die zwar zur Reform ihrer Institution befähigt wären, aber dafür nicht hinreichend bemittelt sind, erst, wenn sie an Fünf-Sterne-Institutionen tätig sind - oder in der deftigen Metaphorik des Mannes aus dem inneralpinen wissenschaftlichen Rückzugsgebiet: *Man füttert die Sau erst, wenn sie fett ist.*

B. Zu Personellem und Finanziellem

Im Unterschied zur geschilderten, oft nicht gerade dynamischen Sicht wissenschaftsinstitutioneller Belange, ist man auf der Ebene der Förderung studentischer Mobilität in Europa sehr um Dynamik bemüht. So erfolgt im Vollzug der Angleichung der Promotionsordnungen und der Promovendenfördermaßnahmen im Sinne des sogenannten Bologna-Prozesses nicht nur eine Vereinheitlichung der Curricula, sondern auch eine Vereinheitlichung der Leistungsbeurteilung. Beides soll dazu verhelfen, in ganz EU-Europa eine grundlegende Gleichförmigkeit der Studiermöglichkeiten zu gewährleisten, was erst so etwas wie studentische Mobilität zur Folge haben könne. Aber gerade bezüglich der Zuordnung von ECTS-Punkten zu bestimmten erfolgreich absolvierten Lehrveranstaltungen gilt, daß zwar auf der Leistungsbeurteilung unter Umständen dieselbe Punktezahl draufsteht,

² Vgl. Gina THOMAS: Fakultätensterben: Sparen an britischen Universitäten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Dezember 2004, S. 42.

die Punkte jedoch sehr verschiedenes Gewicht haben. Es ist, als würde man mit einem Metermaß ans Werk gehen, auf welchem die Zentimeter unterschiedlich lang sind, oder als würde man in Zeiten der Inflation auf die Kaufkraft des Geldes einfach deshalb vertrauen, weil auf den Scheinen immer dieselbe Währungseinheit genannt wird. Natürlich haben sich die EU-Bildungs- und Wissenschaftsbürokraten bei ihrer Vereinheitlichungsmaßnahme etwas gedacht: Man wollte formale Strukturen schaffen, um überhaupt erst einmal Vergleiche möglich zu machen. Die Realität sieht aber eben derzeit so aus, daß man auf den Nominalwert der ECTS-Punkte zu vertrauen scheint - und dabei hat man gegenüber den Währungsexperten den Nachteil, weder eine Leitwährung, noch einen Goldstandard zur Ermittlung der Kaufkraft des Geldes und der Inflationsrate zur Verfügung zu haben. Man homogenisiert also im Sinne von Bologna, weiß auch darum Bescheid, was man homogenisieren will, aber noch nicht genau, in bezug worauf dies der Fall sein soll.

So ist es kein Wunder, daß die in EU-Europa angestrebte Mobilität der Studierenden vorerst vor allem in einer Richtung erfolgt, die von den Initiatoren nicht beabsichtigt ist: sie verläuft in Richtung USA. "Jeder siebte Student", so wußte im August 2004 die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zu berichten, "der in Deutschland promoviert, wandert in die Vereinigten Staaten aus. Dreißig Prozent von ihnen bleiben auf Dauer."³ 20.000 deutsche Nachwuchsforscher arbeiten dort derzeit, und als Folge dieser Entwicklung schlagen jetzt Wissenschaftsexperten Alarm. Nun würde eine derartige Entwicklung, wie sie etwa auch Gottfried Schatz für die Schweiz konstatierte,⁴ nicht stören, wenn ebenso viele Studierende und insbesondere junge Spitzenforscher aus den Vereinigten Staaten nach Europa kämen. Aber dem ist unter anderem schon deshalb nicht so, da die Höhe öffentlicher Gelder für die Forschung sich in den USA in den letzten zehn Jahren ungefähr verdoppelt hat, während sie beispielsweise in der Schweiz unverändert geblieben ist. Daher heißt es auch in dem *Neun-Punkte-Programm zur Förderung von Wissenschaft und Technologie in der Schweiz* aus dem Jahr 2002 lapidar: "Bis vor etwa einem Jahrzehnt lagen die öffentlichen und privaten Forschungsausgaben der Schweiz nahe der Weltspitze. Doch vor etwa einem Jahrzehnt fro die Schweiz unter dem Druck der Rezession ihre Forschungsausgaben ein. Um finanzielle Schulden zu vermeiden, machte sie intellektuelle."⁵

Was die jungen Forscher betrifft, so sind es keineswegs nur die ungleich besseren finanziellen Bedingungen in den USA, die sie dorthin locken, sondern auch die weitgehende Unklarheit und Unsicherheit bezüglich ihrer beruflichen Zukunft in den europäischen Ländern. Als einen für das Verlassen ihrer Heimat maßgeblichen Grund führen mehr und mehr junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen den Wegfall einer realisierbaren *tenure-track*-Perspektive an. "Sicherheit" soll ja nicht ein anderes Wort für "Faulbett" sein, aber wenn einem Junior-Professor auch für den Fall, daß er ganz ausgezeichnete Evaluationsergebnisse aufzuweisen hat, keine entsprechende Zukunftsoption gewährt wird, dann wird er sich - vor allem wenn er initiativ und tatkräftig ist - vorsehen, seine besten Jahre im vollen Bewußtsein einer unsicheren Zukunft der Heimat zu opfern.

Unter den Politikern herrscht allerdings - arbeitsrechtliche Bestimmungen hin, finanzielle Bedeckbarkeit her - ungetrübte Zukunftsfreude. "Wenn 'zumindest eine' (Olaf Scholz, SPD) oder mehrere (Franz Müntefering, SPD), also mindestens zwei, oder 'vier bis sechs' (Karl Max Einhüpel, Wissenschaftsrat), vielleicht auch sechzehn (Kultusministerkonferenz) oder doch wenigstens 'einige' (Ernst-Ludwig Winnacker, Deutsche Forschungsgemeinschaft) deutsche Eliteuniversitäten die Lösung sind - was war dann", so fragte Jürgen Kaube in

³ Carsten GERMIS: Kampf um Köpfe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 8. 2004, Internet-Ausgabe (Sparte "Natur und Wissenschaft").

⁴ In einem von Teres LÜTHI und Helmut WACHTER unter dem Titel "Zweiter zu sein, ist keine Vision" geführten Interview, in: Weltwoche vom 22. 3. 2004, S. 39-42.

⁵ SCHWEIZERISCHER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIERAT: Ein Neun-Punkte-Programm zur Förderung von Wissenschaft und Technologie in der Schweiz (= SWTR Schrift 2/2002), Bern 2002, S. 10.

einem den neudeutschen Bildungsenthusiasmus kritisch kommentierenden Artikel zu Anfang des Jahres 2004, "was war dann eigentlich das Problem?"⁶ Wer so hurtig von Elite-Universitäten spricht, sollte - ob in Deutschland oder sonstwo - die offenbar nur unzureichend bekannten Realitäten an sehr guten Universitäten im Blick haben: sehr gute Lehrende, sehr gute - oft aus Auswahlprüfungen hervorgegangene - Studierende, ein ausgezeichnetes Betreuungsverhältnis (insbesondere in der Dissertationsphase), kein Verschleiß der Lehrenden, keine Frustration der Studierenden in Massenlehrveranstaltungen. Für derartige Universitäten gilt, daß sie gerade nicht nach der Zahl der Studierenden finanziert werden, aber dafür sind auch die finanziellen Rahmenbedingungen grundlegend andere. Stanford läßt so etwa, bei insgesamt ca. 16.000 Studierenden im Jahr 2004, gerade einmal 1500 Studierende jährlich neu zum Studium zu - und dies bei einem Jahresetat von 2,1 Milliarden Dollar! Im Vergleich dazu verfügt die Karl-Franzens-Universität Graz - bei insgesamt etwas mehr als 21.000 Studierenden und 3000 Studienanfängern im Studienjahr 2004/05 - über ungefähr 130 Millionen Euro, von welchen ca. 90 Millionen allein durch Gehälter und Lehre gebunden sind. (Die Medizinische Universität Graz verfügte im Jahr 2003, dem Jahr der Ausgliederung, über knapp 70 Millionen Euro.) Und wie aus § 141 des Universitätsgesetzes 2002 ersichtlich ist, beläuft sich der gedeckelte Gesamtbetrag für alle 21 österreichischen Universitäten im Zeitraum 2004 bis 2006 auf 1,660.866.000 Euro.⁷ Die Stanford University hat aber damit gleich viel Geld zur Verfügung wie alle österreichischen Universitäten zusammengenommen!

Sollten wir also in Österreich wirklich eine Elite-Universität nach dem Muster einer mehrere Fakultäten umfassenden "Volluniversität" wollen - wenn auch bei bereits erfolgter Ausgliederung der ehemaligen medizinischen Fakultäten, wie sie ja auch in den USA im der Falle der "Medical Schools" seit langem besteht -, so wird diese Universität wesentlich mehr Geld (aber wohl auch einige andere Strukturmerkmale) haben müssen als unsere Universitäten bisher. Will man aber gleich mehrere davon, so scheint es in Anbetracht des Finanzbedarfs ratsam, von einem solchen Wunsch möglichst rasch abzurücken. Es empfiehlt sich vielmehr, bestimmte sachverwandte Wissenschaftsbereiche als Spitzenforschungsinstitutionen einzurichten. Ob man diese dann "Universitäten" nennen soll oder nicht, erscheint in Anbetracht der Tatsache von relativ geringfügiger Bedeutung, daß in Österreich ohnehin schon fast alles und jedes "Universität" heißt, was mit einer höheren akademischen Ausbildung zu tun hat - so wie ja auch das ganze Land von "Professoren", "Akademien" und "Seminaren" überquillt. Persönlich favorisiere ich, wie auch schon aus der nächsten Kapitelüberschrift ersichtlich wird, eine andere Bezeichnung.

II. "INTERNATIONAL GRADUATE CENTERS" - ZU DEREN STRUKTUR UND FUNKTION

In den letzten zehn Jahren sind in Österreich eine Reihe von Förderprogrammen entwickelt worden, insbesondere was die Dissertations- und Habilitationsstipendien von seiten des Wissenschaftsministeriums, aber auch der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung betrifft. Aber leider haben wir weder Graduiertenkollegs wie in Deutschland (wo im Jahr 2003 nicht weniger als 274 davon, mit einem Finanzvolumen von 76 Millionen Euro, existierten) oder in der Schweiz (wo die Finanzierung dieser Kollegs im Rahmen von "Demain la Suisse" erfolgt), noch Promotions-Förderprogramme nach Art der "Studienstiftung des Deutschen Volkes" oder des

⁶ Jürgen KAUBE: Die Lösung als Problem. Ein, zwei, viele Bundesstanfords helfen den Universitäten nicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. 1. 2004, S. 29.

⁷ Aufschlußreich für den Leser des genannten Paragraphen ist der Hinweis darauf, daß aus dem Budget der Universitäten im Jahr 2005 0,4 %, im Jahr 2006 0,8 % zur Finanzierung von Anreizen im Sinne der Profilentwicklung angespart werden sollen, was österreichweit ungefähr 30 Millionen Euro ergibt. Ob derartige Versuche einer jeweils am Ort erfolgenden Profibildung der Tendenz, aus normalen Universitäten nach und nach Fachhochschulen zu machen, entgegenwirken können, bleibt abzuwarten. Eher scheint es, daß die Realisierung eines Bundesharvard oder gleich mehrerer Bundesstanfords diese Tendenz noch verstärken würden.

"Cusanus-Werks", wodurch qualifizierten Studierenden in der Dissertationsphase eine Vielzahl von Kooperations- und Kommunikationsmöglichkeiten eröffnet wird. Durch "International Graduate Centers" wäre das Fehlen solcher Institutionen nicht zu kompensieren, da ihre Funktion eine andere ist.

A. Allgemeines

Der im folgenden zu erörternde Typ einer Forschungsinstitution ist einigem verwandt, was sich andernorts schon seit langem bewährt hat: den "Institutes for Advanced Study" in den USA, der "Scuola Normale Superiore" in Italien (Pisa), der "Ecole Normale Supérieure" in Paris und einer bestimmten Art von "Graduate Schools" in den USA, Großbritannien und Japan. Da ich im Herbst 2004 für zwei Monate an der "Graduate School of Human and Environmental Studies" der Universität Kyoto unterrichtete, ist mir der letztgenannte Typus aus unmittelbarer Anschauung vertraut. Es handelt sich dabei um vom Ansatz her interdisziplinär institutionalisierte Forschungseinheiten für Dissertanten, also für Studierende in der Postdiplom- oder Post-Master-Phase. Die Bewerbung des Studierenden um Aufnahme in die Gruppe der Dissertanten an einer der Forschungseinheiten der "Graduate School" setzt einen sehr guten Studienabschluß voraus und ist mit einer schriftlichen Prüfung sowie einem Bewerbungsgespräch verknüpft. Die Studierenden kommen dabei von unterschiedlichen Universitäten und Hochschulen des Landes. Darüber hinaus existieren in Japan noch Forschungseinheiten für promovierte Akademiker, die in einigen Fällen an Universitäten, häufiger jedoch im universitätsnahen Bereich institutionalisiert sind und durch verschiedene - häufig privatwirtschaftliche - Träger finanziert werden.

Was die Namengebung betrifft, so würde ich Ausdrücke wie "Elite" oder "Exzellenz" einfach deshalb nicht empfehlen, weil man sich dadurch in die Nähe einer Selbstberühmung begibt, wie sie eher für die Werbung als für die Wissenschaft charakteristisch ist.⁸ Die Nahrungsmittelindustrie prüft den Wahrheitsgehalt ihrer auf den Etiketten befindlichen Verheißungen einfach durch Essen. "Wo darbo drauf steht, ist Natur drin", lautet dann zum Beispiel der Marketing-Slogan. Aber wie sollen die Propagandisten von Elite-Universitäten verfahren? Ein Slogan wäre gewiß schnell zur Hand: "Wo Elite drauf steht, sind Nobelpreisträger drin"! Aber wie soll man es danach in jedem einzelnen Fall mit dem Wahrheitsbeweis halten?

Mein Vorschlag lautet, wie schon gesagt: "INTERNATIONAL GRADUATE CENTER", welche Bezeichnung noch durch Angabe des jeweiligen Forschungsschwerpunktes zu ergänzen wäre. Derartige Zentren sollten vom Ansatz her interdisziplinär, aber insbesondere auch international sein. Damit unterscheiden sie sich etwa von den meisten Graduiertenkollegs im deutschen Sprachraum, insbesondere aber dadurch, daß sie sich zu den bestehenden Universitäten auf Halbdistanz befinden. Damit wären sie - ähnlich den japanischen Postdoktoranden-Zentren - offen für ausländische Spitzenforscher, allerdings müßte für sie nicht gelten, daß sie allein Promovierten offenstehen. Es ist sehr wohl denkbar, Spitzenforschung auch mit Wissenschaftlern betreiben zu können, deren herausragende Fähigkeiten noch nicht durch einen Doktorgrad zertifiziert sind.

B. Zu Struktur und Funktion

Ganz nach Art des von Kollegen Zeilinger präsentierten Entwurfs der geplanten "University of Excellence" sollen auch die "International Graduate Centers" (IGCs) mit bereits bestehenden Universitäten am jeweiligen Ort kooperieren, indem beispielsweise

⁸ Ich sage dies, obschon mir bewußt ist, daß sich mehr und mehr auch die Wissenschaft vermarkten muß, und obwohl ich weiß, daß es auch verschiedentlich an den Universitäten in dieser Richtung schon erhebliche Fortschritte gibt. So befinden sich etwa im Yoshida South Campus Building I der Kyoto University sowohl ein "Institute" als auch ein "Center for the Promotion of Excellence in Higher Education".

angesehene, an IGCs tätige Wissenschaftler Lehrveranstaltungen an den Universitäten anbieten. Darüber hinaus sollen auch am Hochschulort tätige Forscher in die Arbeiten des jeweiligen IGC eingebunden sein. Dabei müßte - ganz im Sinne der Konzeptskizze von Kollegen Mauser für ein "Vienna Institute of Advanced Studies" - dafür Vorsorge getroffen werden, daß für jeden an das jeweilige IGC freigestellten Professor und jede freigestellte Professorin die Stammuniversität zwei Stellen für diesen Zeitraum mit Assistenten oder Assistentinnen besetzen kann. Insbesondere sollte es dazu kommen, daß die heimischen Universitäten es sich als Erfolg anrechnen, wenn mehrere ihrer ehemaligen Studenten an IGCs in Forschungsteams tätig sind.

Was die Finanzierung der IGCs betrifft, so bestünde natürlich - wie auch von Kollegen Schachermayer in seinem Konzept einer (wie auch immer bezeichneten) Elite-Universität vorgeschlagen - die sauberste Lösung darin, über ein entsprechendes Stiftungsvermögen zu verfügen, aus dessen Erträgen die Grundfinanzierung erfolgt. Dadurch, daß erfahrungsgemäß das Bessere zwar der Feind des Guten ist, aber das Gute besser als gar nichts, plädiere ich in Österreich für eine Mischfinanzierung, wobei insbesondere - ganz im Sinne des Föderalismus - eine starke Beteiligung der Länder im Fall der in ihnen errichteten IGCs in Betracht zu ziehen ist.

Für die Planung von IGCs kann Österreich - ähnlich wie im Falle der Planung und Realisierung der Fachhochschulen - von den mit ihnen verwandten und schon früher realisierten ausländischen Institutionen einiges lernen. Im Falle der Fachhochschulen wurden diese Erfahrungen, wie man weiß, mit großem Erfolg verwertet, und dies nicht selten mit dem Effekt, daß die modifizierte Kopie mitunter um einiges besser geriet als das Original. Möge es sich mit den IGCs in Zukunft ähnlich verhalten!

Wenn man an Institutionen im Ausland denkt, die dem Konzept von IGCs verwandt sind, so kommt einem im deutschen Sprachraum als Sozialwissenschaftler zunächst einmal das Wissenschaftszentrum Berlin in den Sinn, als Geisteswissenschaftler aber die nach der sogenannten "Abwicklung" der außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen DDR gegründeten Geisteswissenschaftlichen Zentren, in welche vor allem auch ehemalige Mitglieder der Berliner Akademie-Institute aufgenommen wurden.⁹ Dazu kommen noch - von Bedeutung sowohl für Geistes- als auch für Sozialwissenschaftler - das Zentrum für Interdisziplinäre Forschung in Bielefeld sowie das Wissenschaftskolleg Berlin, welches letzteres jedoch keinen Musterfall für eine wissenschaftliche Forschungs kooperative abgibt. Ferner wären in diesem Zusammenhang noch einige Max-Planck-Institute zu nennen, die aus den ehemaligen innerhalb der Universitäten situierten Kaiser-Wilhelm-Instituten hervorgegangen sind und deren Leistungsstärke heute gerade auch darin ihren Grund hat, daß sie im Regelfall nicht der Dienstpragmatik des öffentlichen Dienstes, wie sie für Universitätsangestellte gilt, unterworfen sind.¹⁰

⁹ Zu diesen Zentren ist zu bemerken, daß sie, was ihre Anzahl und die Zahl der an ihnen tätigen Mitarbeiter betrifft, eine Schwundstufe dessen darstellen, was der Deutsche Wissenschaftsrat der Bundesregierung nach der Evaluation der außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen DDR an Empfehlungen vorgelegt hat. Die deutsche Bundesregierung hat diesen 1991 ausgearbeiteten Empfehlungen nur in äußerst reduziertem Umfang Rechnung getragen, wodurch eine Reihe von ausgezeichneten Forschern der ehemaligen DDR in wissenschaftlicher, wohl aber auch in persönlicher Hinsicht auf der Strecke geblieben sind. Die Ursachen für dieses Vorgehen waren vielfältiger Natur: falsch verstandene politische Prävention auf seiten einiger Politiker, Konkurrenzgefühle und Finanzneid auf seiten westdeutscher wissenschaftlicher Institutionen, aber gewiß auch Einsparungserfordernisse auf seiten des Bundes, der Länder und Gemeinden. Hier wurde eine große wissenschaftliche, aber auch politisch-psychologische Chance vertan!

¹⁰ Es nimmt daher auch nicht wunder, daß im Zeilinger-Modell für die Mitarbeiter ein Status außerhalb der Dienstpragmatik des öffentlichen Dienstes angestrebt wird.

Da die ausgezeichnete, in hohem Maße auf internationale Kooperation abzielende Konzeption der Geisteswissenschaftlichen Zentren in der deutschen wissenschaftspolitischen Landschaft relativ wirkungslos geblieben ist, da ferner das Bielefelder ZiF unter der Umarmung von seiten der Universität Bielefeld zu leiden scheint, verbleibt als für unseren Zusammenhang paradigmatische Institution die gegenüber den Universitäten auf Halbdistanz bzw. Halbnähe befindliche Forschungsanstalt des Wissenschaftszentrums Berlin übrig.¹¹

Obschon es sich beim Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) um eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung handelt, unterhält es enge Kontakte zu den am Ort befindlichen Universitäten. So ist es üblich, daß an ihr tätige Forscher sich für eine zumindest zweistündige Lehrveranstaltung an Universitäten zur Verfügung stellen. Ferner befinden sich in den Kuratorien dieser Institution auch - neben den Präsidenten wissenschaftlicher Akademien - die Präsidenten der Berliner Universitäten. Auch ist es üblich, daß einige der am WZB tätigen Wissenschaftler sich an den an Berliner Universitäten eingerichteten Graduiertenkollegs beteiligen. Eine weitere Verbindung zu den wissenschaftlichen Institutionen am Ort bildet der wissenschaftliche Beirat (Board of Science), dem neben fachverwandten Experten der Universitäten auch Fachleute außeruniversitärer wissenschaftlicher Einrichtungen in Berlin (wie etwa bestimmter Max-Planck-Institute) angehören. Auch in der Konstituierung von Evaluationskommissionen zeigt sich die Vernetzung der Institution sowohl mit Universitäten als auch mit außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen am Ort. Dabei delegiert der Deutsche Wissenschaftsrat die Evaluation einerseits an bestimmte universitäre Experten, andererseits aber beispielsweise an den Max-Planck-Instituten, der Fraunhofer-Gesellschaft oder der Wissenschaftlergesellschaft Leibniz angehörige Fachvertreter. (Diese Mitglieder der Evaluationskommission werden noch durch solche aus dem Kreise von Stabspersonen, insbesondere durch die zwei Staatssekretäre des Wissenschaftsministeriums, ergänzt.)

Was die Stellung der Mitarbeiter am WZB angeht, so ist in der Regel eine sehr gute Evaluierung mit einer Neuanstellung verbunden, obschon diese nicht nach Art von "Kettenverträgen" erfolgt.

Vertragsrechtlich ist das WZB eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Rechten der Geschäftsführung. Bezüglich der Finanzierung handelt es sich beim WZB um ein im klassischen Sinne mischfinanziertes Unternehmen: Gelder kommen von seiten des Bundes, der Länder und verschiedener Sponsoren. Dem entspricht auch die Konstituierung des Aufsichtsrates (Board of Trustees), dem Vertreter der genannten Institutionen angehören.

Was die Sponsoren anlangt, so herrscht allenthalben - nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und der Schweiz - die Befürchtung, daß das spezifische Interesse bestimmter Geldgeber dazu führe, die Forscher in ein unmittelbares Abhängigkeitsverhältnis von diesen zu bringen. Nun müssen die zukünftigen IGCs gewiß - wie die heimischen "Exzellenz-Zentren" und "Exzellenz-Clusters" ja derzeit auch - darauf bedacht sein, daß die ihnen von seiten gewisser Sponsoren aus verständlichen Gründen zugemutete Anwendungsorientierung ihrer Forschung nicht auf Kosten der Grundlagenforschung erfolgt. Aber unter dieser Voraussetzung ist das Argument von der Versklavung der Industrie und dem Lakaiertum der Wissenschaftler unsinnig. Es kommt nämlich nicht auf den Geldgeber an, sondern auf die Bedingungen, an welche das Sponsorentum geknüpft ist. Im übrigen haben auch nationale Forschungsprogramme und Forschungsschwerpunkte mitunter klare politische oder sonstige Vorgaben - von der unter dem Vorzeichen "Homeland Security" stehenden Projektforschung in den USA erst gar nicht zu reden. Insbesondere gilt auch für die EU-Rahmenprogramme zunehmend Entsprechendes: sie lenken die Forschungsaktivitäten oft auf ein sehr schmales Forschungssegment, wobei dann häufig

¹¹ Für eine Reihe wertvoller mündlicher Informationen danke ich Prof. Jürgen Kocka, dem derzeitigen Präsidenten des WZB.

noch die nationalen Forschungsschwerpunkte diese EU-Programme einfach kopieren und damit das von den "Brüsseler Spitzen" Vorgegebene verstärkend duplizieren.

Es wäre eine eigene wissenschaftssoziologische Analyse wert, einmal zu erkunden, wer gesamteuropäische, aber auch nationale Forschungsschwerpunkte festlegt, und auf der Grundlage welcher Konsultationen dies geschieht. Gottfried Schatz hat vor kurzem die in der Schweiz bestehenden nationalen Forschungsschwerpunkte als ein wissenschaftspolitisches Unglück bezeichnet, da die letzte Entscheidung über die Vergabe von Forschungsgeldern in unbekanntenen Korridoren der Bundesverwaltung und der Bundespolitik gefällt werde, man aber gleichzeitig den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen mehr und mehr die Ausarbeitung ihnen sachlich fernliegender Finanzierungspläne zumute: "Die Wissenschaftspolitik leidet [...] unter einer verkehrten Aufgabenverteilung. Die Wissenschaftler basteln an Struktur- und Finanzierungsmodellen, während die Politiker wissenschaftliche Prioritäten bestimmen. Jeder macht also das, wovon er wenig versteht."¹²

III. "INTERNATIONAL GRADUATE CENTERS" FÜR GEISTES- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN - EINIGE VORSCHLÄGE

Wenn bei der Darlegung der folgenden Vorschläge die englische Bezeichnung für Internationale Graduierten-Zentren beibehalten wird, so geschieht dies nicht aus Gründen der Anglomanie, sondern einfach deshalb, weil jede zeitgenössische Selbstetikettierung als "international" die Transkription des Inhalts in die zeitgenössische Lingua franca geradezu notwendig erscheinen läßt.

Die folgenden Vorschläge beziehen sich auf eine ganze Klasse von IGCs für die Geisteswissenschaften und auf eine andere für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, nämlich auf

- ein INTERNATIONAL GRADUATE CENTER FOR HUMANITIES AND ARTS sowie
- ein INTERNATIONAL GRADUATE CENTER FOR SOCIAL, ECONOMIC AND ENVIRONMENTAL STUDIES,

welche Klassen man aber wohl am besten in Subeinheiten aufgliedert. Dies schon deshalb, um einerseits nicht allzu breite Forschungsfelder zu haben, andererseits aber zu dem Zweck, um in Österreich eine gewisse regionale Streuung sicherzustellen, die auch in Anbetracht des von Länderseite zusätzlich erforderlichen Finanzierungsbedarfs nötig erscheint.

Die auch in Österreich unverzichtbare Weiterentwicklung der naturwissenschaftlich-technischen Lehr- und Forschungsanstalten darf uns nicht für die Tatsache blind machen, daß die Gegebenheiten des sozialen und kulturellen Wandels auch spezifische Desiderate bezüglich des sogenannten Kulturwissens zur Folge haben. Gerade heute, wo sich die praktischen Anforderungen an Tätigkeiten beständig verändern und sich Informationen exponentiell vermehren, müssen wir, erstens, "Information" mit der Fähigkeit verbinden, mit Informationen umzugehen, und das heißt: sie auszuwählen, auf ihre Bedeutsamkeit zu überprüfen und dann gegebenenfalls zu operationalisieren. Wenn sich so vieles so rasch ändert, muß man einen Sinn für Kontinuität dahingehend entwickeln, daß man zu verstehen lernt, was es heißt, daß der Mensch in gewissem Sinne immer derselbe bleibt. Zu zeigen, was der Mensch war, ist und immer sein wird - darin besteht (spätestens mit Jacob Burckhardt) der durch die Geisteswissenschaften erfolgende Verweis auf das Kontinuierliche in allem Wandel. Diesem Aspekt des Kulturwissens wird meiner Ansicht nach zunehmende Bedeutung zukommen, denn die Beschleunigung und der Wandel der Inhalte des Fachwissens wird gewissermaßen aus sich heraus das Erfordernis von mehr einschlägigen Wissensinhalten und Denkweisen hervortreiben. Ein solches Kulturwissen wird vor allem durch die Darstellung und Analyse der Wertauffassungen in Religion und Moral, in Sprache

¹² Gottfried SCHATZ in einem mit Urs EGLI und Otto ZUTTER geführten Interview, das unter dem Titel "Die Auslese der Bestbegabten ist in der Schweiz ein Tabu" am 24. 1. 2004 in der *Zeitung im Espace Mittelland* auf S. 38 f. erschienen ist. Das Zitat findet sich auf S. 39.

und Kunst, in Geschichte und Philosophie vermittelt. Dies ist nicht so zu verstehen, als wäre es hier um die Festsetzung invarianter platonischer Werte zu tun, aber es geht doch um die Einsicht in den methodisch nicht unerheblichen Sachverhalt, daß auch alle Erkenntnis des Wandels in den zentralen geisteswissenschaftlichen Gegenstandsbereichen: Religion, Moral, Sprache, Bildende Kunst und Musik, gewisse Prinzipien voraussetzt, welche nicht nur eine Analyse des Wandels, sondern auch eine Urteilsbildung bezüglich der Inhalte des Wandels möglich machen. Diesem Forschungsfeld wäre der weite Bereich eines "*International Graduate Center for Humanities and Arts*" zuzuordnen.

Kennzeichnend für unsere gegenwärtigen Lebensbedingungen sind zwei andere sich oft dramatisch vollziehende Wandlungsprozesse: einerseits die *ökonomische* und *kulturelle Globalisierung*, andererseits die *demographisch-ökologische Entwicklung*. Zwischen beiden Veränderungen bestehen gewisse genetisch-kausale Beziehungen, auf welche einzugehen hier nicht der Ort ist. Worauf hier allein die Aufmerksamkeit gelenkt werden soll, ist die für die sogenannten Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre charakteristische drastische Veränderung der Altersstruktur, mit welcher wiederum die Frage verknüpft ist, wie eine alternde Gesellschaft innovativ gehalten werden kann. Was besagt es in diesem Zusammenhang für eine sogenannte Wissensgesellschaft, wenn diese ihre Ausbildungsgänge nicht nur in Anbetracht einer Vielzahl von mangelhaft ausgebildeten Immigranten unverändert läßt, sondern auch in Anbetracht eines sich dramatisch erhöhenden Durchschnittsalters ihrer Bevölkerung? Derartige Fragen sind nicht durch Bildungswissenschaftler und Kulturphilosophen allein zu beantworten, sondern sie verweisen auf komplexe Zusammenhänge zwischen den Bereichen des Kulturellen, Ökonomischen, Politischen, Biologischen und Sozialtechnischen. Diesem weiten Forschungsbereich wäre das "*International Graduate Center for Social, Economic and Environmental Studies*" zuzuordnen. Bereits vom Ansatz her muß die Aufmerksamkeit der einzelnen Forschungsbestrebungen in diesem Bereich dem Prozeß gelten, welcher die Menschen in die Lage versetzt, Komplexität zu erfassen, komplexe Probleme zu lösen und gleichzeitig auch Organisationen zu entwickeln, die der Komplexität angemessen sind.

Vor dem Hintergrund des soeben kurz Ausgeführten seien hier exemplarisch einige Subeinheiten den beiden erwähnten Klassen von IGCs zugeordnet:

(1) *IGC for Humanities and Arts*

- IGC for European and Comparative History
- IGC for European Music and Performative Art
- IGC for European Fine Arts
- IGC for International Law and Human Rights
- IGC for the Study of Cognition, Values and Metascience

(2) *IGC for Social, Economic and Environmental Studies*

- IGC for the Study of Social, Political and Cultural Conflicts
- IGC for Econometrics and Comparative Business Culture
- IGC for Social Change and Labour Development
- IGC for Demography and Environmental Studies
- IGC for Gerontology and Geriatric Practice

Es wäre davon auszugehen, daß der Name der jeweiligen Universitätsstadt, in der eine derartige Subeinheit errichtet wird, dem Namen derselben jeweils hinzugefügt wird; denkbar wäre so zum Beispiel ein "IGC for European Music and Performative Art Salzburg", ein "IGC for Demography and Environmental Studies Vienna" oder ein "IGC for International Law and Human Rights Innsbruck".

Wie schon am Beispiel des Wissenschaftszentrums Berlin ausgeführt, sollte auch für die IGCs gelten, daß sie in Halbdistanz (oder auch Halbnähe) zu den jeweiligen am Ort befindlichen Universitäten errichtet werden. Ausdrücklich wäre davon auszugehen, daß die

für die IGCs bestehende Promotionsordnung nicht, wie verschiedentlich befürchtet, einen zweiten und "besseren" Typus eines Doktorates zur Folge haben sollte, so daß in dieser Hinsicht auch keine Gefahr einer relativen Deprivation der bestehenden Universitäten besteht.¹³

Gedacht wäre im Falle der IGCs an gemischt finanzierte Institutionen mit unterschiedlicher Trägerschaft, aber unter signifikanter Bundesländerbeteiligung. Ob in diesem Zusammenhang die Zuweisung von EU-Fördermitteln für die IGCs - etwa nach dem Muster der Schweiz, wo die Zuwendung über den Nationalfonds (SNF) erfolgt - über den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) geschehen soll oder durch den European Research Council, bliebe noch zu prüfen.

Wie im Fall des WZB, so ist auch im Fall der IGCs davon auszugehen, daß die an ihnen tätigen Forscher in die Lehre an den örtlichen Universitäten eingebunden werden. Im besonderen wäre für die Jungforscher sicherzustellen, daß sie, für die auch ein mindestens einjähriger Forschungs- (oder Lehr- und Forschungs-)Aufenthalt im Ausland als Anstellungserfordernis vorzusehen wäre, bereits früh wissen, wie es bezüglich ihrer *tenure track*-Erwartungen bestellt ist. Natürlich soll bei der Formulierung dieser Bedingungen dem Anreiz, in den Lehrkörper einer Universität übernommen zu werden, nicht entgegengearbeitet werden.

Von besonderer Bedeutung für das Gedeihen von IGCs sind naturgemäß Evaluationen und die Zusammensetzung der entsprechenden Kommissionen. Im Unterschied zu den im Zeilinger-Konzept zum Ausdruck kommenden Erwartungen wird es im Falle von IGCs für Geistes- und Sozialwissenschaften nicht möglich sein, Qualitätskontrollen durch Nobelpreisträger vornehmen zu lassen, zumal sich solche für diese Wissenschaftsbereiche nur höchst selten, und zwar nur unter Ökonomen finden. Ob man bei den Evaluationen der beiden Klassen von IGCs immerhin mit der Einbindung von Balzan-, Feltrinelli-, Kyocera-Preisträgern und dergleichen rechnen kann, bleibt abzuwarten. (Aber es gibt allemal, wie auch naturwissenschaftlich tätige Kollegen jederzeit zuzugestehen bereit sind, ganz herausragende Forscher, über die sich noch kein Füllhorn eines hochdotierten Wissenschaftspreises ergossen hat. Solche muß man jedenfalls für Evaluationen gewinnen.)

Abschließend sind hier noch einige Worte zur Frage der Bündelung oder Aufgliederung von IGCs am Platz. Gelegentlich meint man - so etwa auch der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat im Jahre 2002 -, daß einer Bündelung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung gegenüber einer Differenzierung und Ausgliederung auf unterschiedliche Standorte der Vorzug zu geben sei. In seinem *Neun-Punkte-Programm* heißt es so etwa: "Ein Zentrum, das geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung unter einem Dach vereinigt, könnte diesen beiden Bereichen starke Impulse verleihen und wäre ein idealer Kristallisationspunkt für Graduiertenkollegs. [...] Es sollte ein eigentliches Forschungszentrum (wie das Wissenschaftszentrum in Berlin WZB) sein [...]."¹⁴ Ein integriertes Zentrum der hiermit anvisierten Art müßte, wie mir scheint, noch über den Umfang des WZB hinausgehen und wäre wohl sehr kostenintensiv. Wünschbar wäre so etwas allemal, in Österreich aber kaum realisierbar. Ausdrücklich zu befürworten ist aber eine weitgehende Übernahme der in Kapitel II dargestellten institutionellen Strukturen des WZB für die in Österreich zu errichtenden IGCs und zudem, wie schon erwähnt, eine regionale Streuung geistes- und sozialwissenschaftlicher IGCs über die österreichischen Bundesländer bzw. die gesamtösterreichische Universitätslandschaft.

Aber wenn hier auch in Anbetracht der österreichischen Gegebenheiten für eine gewisse Wissenschaftsparzellierung und gegen den schweizerischen Vorschlag einer zentralen

¹³ Zwei Typen von Dissertationen, nämlich "Dissertationen A" und "Dissertationen B", gab es früher in der DDR, wobei Dissertationen vom Typ B als Habilitationsschriften galten.

¹⁴ SCHWEIZERISCHER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIERAT 2002 (Anmerkung 5), S. 43.

Lösung im Bereich der geistes- und sozialwissenschaftlichen Postgraduierten-Ausbildung plädiert wird, so heißt das nicht, daß Österreich nicht Wesentliches von der Schweiz lernen könnte. Gedacht ist insbesondere an das sozialwissenschaftliche Schwerpunktprogramm "Demain la Suisse", welches 1992 realisiert wurde und zehn Jahre später 103 - zumeist interdisziplinäre - Projekte finanziert: vor allem "summer schools" zu verschiedenen Themen sowie Graduiertenprogramme. Darüber hinaus beteiligt sich diese Institution auch an mehreren internationalen Erhebungen und baute in einer höchst fruchtbaren Kombination von Projekt- und Strukturförderung eigene Forschungseinheiten auf.¹⁵

IV. ZUR LAGE DER GEISTES- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN ANGESICHTS DER FORDERUNGEN NACH PRAXISRELEVANZ UND RENTABILITÄT

In einer mit Überlegungen zur Einrichtung einer Postgraduierten-Institution für Geisteswissenschaftler befaßten Studie stellt der Sekretär des Wissenschaftskollegs zu Berlin, Joachim Nettelbeck, einleitend fest: "Die Geisteswissenschaften stehen erneut zur Disposition. Sparwellen und die Ökonomisierung von Wissenschaftspolitik bedrohen die Fächer, für die keine wirtschaftliche Rentabilität spricht und hinter denen keine großen Institutionen stehen. Sie kennen nicht einmal Zugangsbeschränkungen, stehen allen Abiturienten offen und sind so ohne den Schutz staatlich verordneter Kapazitäten, die auch der Finanzminister akzeptiert."¹⁶ Daher reagieren Geisteswissenschaftler derzeit auch besonders defensiv, weil sie sich marginalisiert und durch die derzeitige Wissenschaftspolitik verunsichert fühlen. Zudem sind sie finanziell häufig schlecht gestellt.

Als erstaunlich ist die Tatsache anzusehen, daß die bedauerliche Kluft zwischen den Natur- und den Geisteswissenschaften derzeit auf seiten der Wissenschaftspolitik oft nur unzureichend wahrgenommen wird. Das Bestehen von "zwei Kulturen" im Sinne von Charles Percy Snow¹⁷ wird zwar allenthalben in Abrede gestellt, aber die realen Entwicklungen verlaufen in die Richtung einer innerakademischen Dichotomisierung mit all ihren institutionellen Konsequenzen. Gottfried Schatz vermutet sogar, daß dieser Graben zwischen den beiden großen Wissenschaftsbereichen viel dazu beigetragen hat, "daß unsere Universitäten Berufsschulen sind und die Naturwissenschaften als Zulieferer für technologische Entwicklung und schnöden Kommerz banalisiert werden".¹⁸ In der Tat darf man vermuten, daß trotz der geradezu zur Routine gewordenen Beschwörungen der Interdisziplinarität in bestimmten Kreisen der Wissenschaftspolitik regressive Entwicklungen eingesetzt haben. An dieser Tendenz sind gewiß bestimmte Vertreter der Geistes- und Sozialwissenschaften nicht ganz unschuldig, deren Insistenz auf subjektive Vorlieben zur Beschäftigung mit allerlei Quisquilien geführt hat, die oft allein mit dem Argument gerechtfertigt wird, daß man es den Forschungen nicht von vornherein ansehen könne, wofür sie in Zukunft einmal gut sind. Diese Begründung entbehrt nicht einer gewissen Richtigkeit, ist aber doch fadenscheinig.

Die Wissenschaftsgeschichte und die Wissenschaftssoziologie führen uns vor Augen, daß zwischen dem vom einzelnen Wissenschaftler formulierten Ziel seiner Forschungen und dem Zweck als dem durch den Forscher nicht willentlich steuerbaren Resultat der Verwirklichung wissenschaftlicher Ziele ein Unterschied besteht. Es ist gemeinhin der Zweck, der die Bedeutung von "Sinn" bestimmt - auch und gerade den Sinn wissenschaftlicher Tätigkeit.¹⁹

¹⁵ Vgl. ebd., S. 43 f.

¹⁶ Joachim NETTELBECK: Institutes for Advanced Study für die Geisteswissenschaften (Typoskript), Berlin: Wissenschaftskolleg zu Berlin 2004, S. 1.

¹⁷ Vgl. Charles Percy SNOW: The Two Cultures and the Scientific Revolution, New York 1963. Zur Diskussion siehe exemplarisch Helmut KREUZER (Hg.): Literarische und naturwissenschaftliche Intelligenz. Dialog über zwei Kulturen, Stuttgart 1969.

¹⁸ Gottfried SCHATZ in: LÜTHI, WACHTER 2004 (Anmerkung 4), S. 42.

¹⁹ Insofern liegt auch im Falle wissenschaftlicher Tätigkeit deren Sinn oder Zweck jenseits der

Dennoch vollzieht sich diese nach Maßgabe bestimmter konkreter Zielsetzungen, und zwar im Blick auf sowohl langfristig bestehende als auch aktuelle Sachfragen und Problemstellungen. Wie bereits erwähnt, fordern die Geistes- und Sozialwissenschaften unter den für die Ortsbestimmung der Gegenwart maßgeblichen Parametern in zweierlei Hinsicht zu einer Selbstbesinnung heraus:

1. Das *Bildungswissen* der Geisteswissenschaften muß Antwort darauf geben, wie sich angesichts sich ständig verändernder und exponentiell vermehrender Wissensinhalte die Beziehung von Dauer und Wandel in den zentralen Wertbereichen gestaltet: in Religion, Moral, Sprache und Literatur, Bildender Kunst und Musik, wie allgemein in der gesellschaftlich-geschichtlichen Welt. Diesem Kulturwissen wird proportional zur Veränderungsgeschwindigkeit, wie sie für alle unsere Lebensverhältnisse kennzeichnend ist, in Zukunft eine stetig wachsende Bedeutsamkeit zukommen.

2. Das sozialwissenschaftliche *Leistungs- und Herrschaftswissen* ist derzeit, wie ebenfalls bereits erwähnt wurde, insbesondere durch zwei Entwicklungen herausgefordert: durch die ökonomische und kulturelle Globalisierung einerseits, die demographische Entwicklung andererseits. Im Blick auf diese beiden unsere Gegenwart bestimmenden Tendenzen gilt es für die Sozialwissenschaftler vor allem, die sich aus der Realisierung individueller und kollektiver Ziele ergebenden Zwecke einer Analyse zuzuführen. Seit dem 18. Jahrhundert wird es als eine der zentralen sozialwissenschaftlichen Aufgaben angesehen, die nicht-intendierten Zwecke absichtsgeliteten Handelns zu rekonstruieren.

Sind die Vertreter der Geisteswissenschaften in erster Linie mit einer Explikation der subjektiven Handlungsziele befaßt, so geht es Sozialwissenschaftlern vor allem um die Wirkungsbeziehungen zwischen den subjektiven Zielsetzungen von Menschen und Menschengruppen in ganz verschiedenen Tätigkeitsbereichen (auch solchen der Wissenschaft) und den aus ihr resultierenden, von den Akteuren häufig nicht mehr antizipierten Folgen der Zielverwirklichung. Es geht hier also zunächst um die Rekonstruktion dessen, was in der soziologischen Fachsprache als Beziehung zwischen "manifesten" und "latenten Funktionen" bezeichnet wird, um die Aufweisungsanalyse der dabei vorwaltenden Regelmäßigkeiten, und schließlich - sofern möglich - um deren sozialtechnische Operationalisierung.

Wenn heutzutage die Geistes- und Sozialwissenschaften zunehmend mit der Frage nach ihrer Nützlichkeit im engeren Sinne konfrontiert werden: nach der im ökonomischen Sinne verstandenen Wohlfahrtsförderung, so ist eine solche Frage in jeder Hinsicht legitim. Ja, sie ist sogar nützlich insofern, als sie die Vertreter der Geistes- und Sozialwissenschaften aus der Routine herausreißt und sie zur periodisch notwendigen Besinnung auf die ökonomischen Voraussetzungen des eigenen Tuns veranlaßt. Allzu kurz greift man jedoch mit dieser Frage, wenn man den Universitäten - vielleicht auch den verschiedenen Elite-Universitäten oder Graduierten-Zentren - abverlangt, Wissenschaft nicht primär zum Zwecke des Gewinns wissenschaftlicher Erkenntnisse zu betreiben, sondern um den Wirtschaftsstandort der jeweiligen Nation zu sichern. Abgesehen davon, daß hier ein außerordentlich eingeschränkter Nutzenbegriff am Werke ist, wird damit der Wissenschaft auch zu viel zugemutet, so als wäre es ihr möglich, Forschung vollumfänglich zu planen. Die Wirklichkeit, die von den Wissenschaften untersucht wird, ist jedoch immer komplexer als die auf sie gerichteten Analyseverfahren, Hypothesen und Theorien es sind. Dies ist kein

tatsächlichen Ereignisse. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, daß eine Aussage über den Sinn wissenschaftlichen Tuns nur möglich ist, wenn deren zukünftiges *telos* evident ist - dies wäre nur dann möglich, wenn man eine glaubensmäßig verbürgte eschatologische Zukunft oder bestimmte politisch-ideologische Verheißungen als metaphysische Geltungsgründe für jede Analyse der Sinnhaftigkeit oder Bedeutsamkeit einzelwissenschaftlicher Forschung voraussetzt. Eine Aufweisungsanalyse des Sinns wissenschaftlicher Tätigkeit, wie sie beispielsweise Max Weber in seiner berühmten Abhandlung "Wissenschaft als Beruf" aus dem Jahr 1919 vornahm, ist nicht auf derartige, das gesamte Weltgeschehen finalisierende Formen der Teleologie angewiesen.

Plädoyer für die Befassung von Geistes- und Sozialwissenschaftlern mit allem und jedem, also keine Rechtfertigung einer *allein* durch persönliche Neugier, Sympathien und Idiosynkrasien auf den Weg gebrachten Forschung. Aber der heute mitunter forcierte Anwendungsbezug und die immer wieder eingeforderte "Praxisrelevanz" können doch eine Aversion gegen Theoretisches begünstigen. Ihr gegenüber ist an das nach wie vor gültige, Ludwig Boltzmann zugeschriebene Wort zu erinnern, das jedem vorschnellen Praktizismus die Spitze nimmt: daß es nichts Praktischeres gibt als eine gute Theorie.

Darüber hinaus ist hier ein weiterer die bisherigen Ausführungen ergänzender Hinweis am Platz. Der bereits im 19. Jahrhundert konstatierte Primat der "Realpolitik" ist heute dem Primat einer "Realökonomie" gewichen oder jenem zumindest an die Seite getreten. Doch gerade für eine auf ihren ökonomischen "Realismus" stolze Gesellschaft sollte sich die Frage stellen, was sie denn überhaupt mit der Realisierung der von ihr erstrebten ökonomischen Ziele will, und was danach der Fall sein soll. Ihre eigenen Zielvorstellungen sowie die mit ihrer Verwirklichung verknüpften Zwecke bedürften also, wenn jene nicht naiv und irrational sein sollen, der Aufweisungs- sowie einer sich daran anschließenden Wirkungsanalyse. Dazu gehören einerseits die geistesgeschichtliche Explikation, andererseits die durch die Sozialwissenschaften betriebene genetische Rekonstruktion. Reflexionen und Wirkungsanalysen dieser Art sind nicht wiederum der ökonomischen Nutzenorientierung - auf nun höherer Ebene - zu unterstellen. Sieht man derartige Fragestellungen und Analyseerfordernisse als unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen überflüssig oder minder bedeutsam an, so sollte man dies von wissenschaftspolitischer Seite klar zum Ausdruck bringen. Die Wissenschaftler als Angehörige einer Kulturnation würden dann immerhin rechtzeitig wissen, woran sie sind.²⁰

Sobald sich die Politik vornehmlich als Administrationsagentur des Ökonomischen sieht, ist zumal für die Geisteswissenschaften, aber auch für bestimmte Sozialwissenschaften eine schlechte Zeit angebrochen. Daß deren Vertreter oftmals einer gewissen Bodenhaftung ermangeln, welche sie durch Berücksichtigung von Kenntnissen wirtschaftswissenschaftlicher Art erlangen könnten, sei gar nicht geleugnet. Aber auch gewisse Ökonomen und Wirtschaftspolitiker, insbesondere jedoch Wissenschaftspolitiker, wären gut beraten, sich gelegentlich über die auch unser Wirtschaftsverhalten bedingenden Kulturwerte Gedanken zu machen. In beiden Lagern täte also Reflexion gut - und das Eingeständnis eigener Unvollkommenheit. Unterbleibt eine derartige Selbstanalyse, so steht zu befürchten, daß die einen vorgeben, den Wert von allem zu wissen, ohne seinen Preis zu kennen, während die anderen den Eindruck erwecken, den Preis von allem zu wissen, aber von dessen Wert keine Ahnung zu haben.

*Univ.Prof. Dr. Karl Acham
Inst. f. Soziologie
Universität Graz
A 8010 Graz, Universitätsstr. 15/G4
karl.acham@uni-graz.at*

²⁰ Vgl. in diesem Zusammenhang das fassungslose Erstaunen über deutsche Wissenschaftspolitiker und deren deplorablen institutionellen Umgang mit den international noch immer hochgeachteten Geisteswissenschaften, das Richard RORTY in einem Zeitungsartikel zum Ausdruck brachte (Wissen deutsche Politiker, wozu Universitäten da sind?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 8. 2004, S. 35). Rorty verweist dabei insbesondere auf die Tatsache, daß Geisteswissenschaftler zu einem scheinbar geeigneten Opfer der zeitgenössischen Wissenschaftskritik in Deutschland zu werden drohen, da sie weder große Drittmittelbeträge einwerben, noch ökonomische Geschäftsinteressen befriedigen.